

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **11.12.25** folgenden

## **Verlängerung Öffnungszeiten Hauptbibliothek**

### Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien, insbesondere die Büchereien Wien und die zuständige Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, werden ersucht, die Öffnungszeiten der Hauptbücherei am Urban-Loritz-Platz insbesondere in den Abendstunden und an Wochenenden zu erweitern.

### **Begründung**

Die Hauptbücherei Wien ist derzeit Montag bis Freitag von 11:00 bis 19:00 Uhr und Samstag von 11:00 bis 17:00 Uhr geöffnet. Diese Öffnungszeiten entsprechen nicht den Bedürfnissen der Nutzer. Viele Studierende, Lehrlinge und Berufstätige haben aufgrund von Arbeits- oder Ausbildungszeiten erst am späteren Abend die Möglichkeit, öffentliche Lern- und Arbeitsräume in Anspruch zu nehmen. Zusätzlich besteht durch hohe Wohnpreise für viele Bewohner, insbesondere für Familien mit Kindern oder Studierende, die ihre Wohnung mit Geschwistern teilen, keine ausreichende Möglichkeit, konzentriert zu lernen oder zu arbeiten. Die Hauptbücherei übernimmt in diesem Zusammenhang eine zentrale Funktion als allgemein zugänglicher Lernort. Die derzeitige Begrenzung der Öffnungszeiten führt dazu, dass diese wichtige Funktion nicht in dem Ausmaß erfüllt werden kann, wie es angesichts des Bedarfs erforderlich wäre.

# Die neue Volkspartei

---

## Neubau

### **KLUB DER ÖVP BEZIRKSFRÄUEN UND BEZIRKSFRÄUEN NEUBAU**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP-Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **11. 12. 2025** folgenden

#### **Antrag**

#### **Errichtung von Defibrillatoren und Anbringung von Hinweis auf Frauenhelpline in Telefonzellen**

Die MA 70 wird ersucht, in Neubau ein Pilotprojekt zu initiieren, bei dem nicht mehr genutzte Telefonzellen zu öffentlich zugänglichen Defibrillator-Stationen umgerüstet werden. Dabei sollen geeignete Standorte (z. B. stark frequentierte Plätze, Haltestellen oder Parkanlagen) geprüft und in Abstimmung mit der MA 70 umgesetzt werden.

#### **Begründung:**

Plötzlicher Herzstillstand kann jede Person jederzeit treffen. Die sofortige Anwendung eines Automatisierten Externen Defibrillators (AED) steigert die Überlebenschance deutlich. In anderen europäischen Städten wurden ungenutzte Telefonzellen bereits erfolgreich zu AED-Stationen umfunktioniert. Auch im 7. Bezirk könnten so lebensrettende Geräte im öffentlichen Raum niederschwellig und rund um die Uhr zugänglich gemacht werden.

Telefonzellen eignen sich besonders als Standorte für Defibrillatoren, da sie bereits im öffentlichen Raum gut sichtbar und verkehrsgünstig positioniert sind. Sie verfügen über eine bestehende Stromversorgung, sind wettergeschützt und werden durch ihre markante Bauweise rasch erkannt. Damit bieten sie eine kostengünstige und zugleich auffällige Möglichkeit, lebensrettende Geräte zentral und niederschwellig zugänglich zu machen.

Weiters sollen Hinweise auf die Frauenhelpline gegen Gewalt an Frauen und/oder den 24-Stunden Frauennotruf der Stadt Wien angebracht werden um als Bezirk einen weiteren Schritt gegen Gewalt an Frauen zu gehen. Dabei soll Gewalt an Frauen nicht nur während 16 Tagen im Jahr, sondern alle 365 Tage oberste Priorität haben. Mit einer öffentlichen und sichtbaren Anbringung von Informationen für betroffene Frauen wird dabei ein kleiner, aber wichtiger Beitrag geleistet, damit die Sicherheit aller Frauen im Bezirk gewährleistet wird.

## **Antrag betreffend Altkleidersammlung**

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 11. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs 1 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA48, werden ersucht, im Rahmen eines Pilotprojektes einmal pro Monat im Amtshaus am Neubau einen Altkleidersammeltag zu organisieren. Der Tag soll nach Möglichkeit als "offener Kleiderschrank" organisiert werden, bei dem nicht mehr gebrauchte, aber funktionstüchtige Kleidung einerseits in haushaltsüblichen Größen abgegeben und andererseits von Menschen, die Bedarf nach gebrauchter Kleidung haben, abgeholt werden kann. Nicht abgeholte Kleidung geht am Ende des Tages zur Weiterverwendung an die MA 48 über. Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen ersucht, im Zuge des Pilotversuchs auch eine - gegebenenfalls kleinere Version der - 48er-Tandler-Box für Kleidung im oder rund um das Amtshaus aufzustellen und zu betreuen.

### **Begründung:**

Wer seinen Kleiderschrank ausmistet und die ausrangierten Teile loswerden möchte, hat es zunehmend schwer, das mit gutem Gewissen, ohne grobe ethische oder nachhaltige Bedenken, zu tun. Denn die Sachen auf einem Flohmarkt zu verkaufen oder zu tauschen oder sie in einen Second-Hand-Laden zu bringen, ist nicht jedermanns oder jederfraus Sache und kann ebenso zu zeitaufwendig sein, wie beispielsweise zu recherchieren, ob und welche karitative Einrichtung in der Nähe Kleidung braucht und sie dort abzugeben. Das Sackerl einfach in den nächsten x-beliebigen Altkleidercontainer zu werfen, ist für immer mehr Menschen aber keine Option. Denn immer mehr Recherchen und Medienberichte zeigen, dass man, wenn man diese Möglichkeit nutzt, alles andere als sicher sein, dass die Kleidung dann tatsächlich und im Sinne der Kreislaufwirtschaft sinnvoll weiterverwendet wird - nicht unwahrscheinlich ist leider, dass sie auf einem Müllberg in Kamerun oder in den Flammen eines Stahlwerks in Pakistan endet. Das verunsichert immer mehr Menschen, auch am Neubau.

Eine gute Möglichkeit, nicht mehr gebrauchte, aber noch intakte Kleidung ruhigen Gewissens abzugeben, ist, sie in die beiden Filialen des 48er-Tandlers oder in die 48-Tandler-Boxen auf den Wiener Mistplätzen zu bringen. Die dort gesammelten Altwaren werden im 48er-Tandler entweder weiterverkauft (die Erlöse kommen dem TierQuarTier zugute) oder bei Bedarf an karitative Einrichtungen wie die Gruft oder das Integrationshaus übergeben beziehungsweise bei Katastrophen wie Bränden oder Hochwasserereignissen an akut bedürftige Menschen. Im 7. Bezirk gibt es allerdings keinen Mistplatz.

Das Pilotprojekt soll den Bewohner:innen der innerstädtischen Bezirke ermöglichen, wohnortnah, niederschwellig und unkompliziert ihre nicht mehr gebrauchte Kleidung abgeben zu können und dabei gleichzeitig die Sicherheit zu haben, dass die Kleidung sinnvoll

weiterverwendet wird. Sollte der Pilotversuch erfolgreich sein, könnte das Projekt auf alle Bezirksämter oder zumindest auf jede Bezirke, in denen es keinen städtischen Mistplatz gibt, ausgeweitet werden.

## **Resolutionsantrag betreffend Beendigung der Schuldenpolitik**

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 11. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs 1 GO-BV folgenden

### **Resolutionsantrag**

Die Bezirksvertretung Neubau spricht sich für einen verantwortungsvollen, sorgsam und effizienten Umgang mit Steuergeld auf allen Ebenen aus und fordert alle Gebietskörperschaften in Österreich auf, sich an der gemeinsamen Budgetkonsolidierung zu beteiligen und die notwendigen Strukturreformen aktiv voranzutreiben.

#### **Begründung:**

Österreich steht vor einem gewaltigen Schuldenberg. Die Schuldenpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat dazu geführt, dass sich unser Land mit einem EU-Defizitverfahren konfrontiert sieht und der Spielraum für wichtige Zukunftsinvestitionen und die notwendige finanzielle Entlastung der Menschen und Betriebe fehlt. Damit muss Schluss sein.

Auch private Haushalte können nicht jedes Jahr mehr Geld ausgeben, als sie zur Verfügung haben: Irgendwann steht der Exekutor vor der Tür.

Private Haushalte können auch nicht jedes Mal eine Gehaltserhöhung oder einen Gehaltsvorschuss erwarten, wenn sie mit ihrem Einkommen nicht auskommen, sondern müssen sparsamer haushalten, wenn das Geld nicht reicht. Daher sind wir davon überzeugt, dass auch "die Politik" nicht reflexartig immer nach noch mehr und noch höheren Steuern rufen, noch mehr Schulden und Budgetvorgriffe machen und die Bürgerinnen und Bürger finanziell noch mehr belasten sollte. Stattdessen sind alle Gebietskörperschaften gefordert, ihre Budgets einmal ausgabenseitig zu sanieren. Österreich hat schon jetzt eine der höchsten Steuerquoten in Europa und - im Gegensatz zu immer mehr privaten Haushalten - kein Einnahmenproblem, sondern vor allem ein Ausgabenproblem.

Österreich braucht einen Kurswechsel, nicht nur im Bund, sondern auf allen Ebenen - bis in den Bezirk. Wir müssen dafür sorgen, dass mit dem Geld der Steuerzahler:innen verantwortungsvoll, effizient, sorgsam und sinnvoll umgegangen wird. Dass wir es in die Zukunft stecken, beispielsweise in eine bessere Bildung für alle, in eine bessere Gesundheitsversorgung, in wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen, in die langfristige Absicherung unseres Sozialstaates - und nicht in den Erhalt vergangener Strukturen.

Es sind jetzt alle Parteien auf allen Ebenen gefordert, dass wir die vielen Einsparungspotenziale, die es in Österreich gibt (zum Beispiel durch die Abschaffung sinnloser Posten wie jene der nicht amtsführenden Stadträt:innen in Wien oder von ineffizienten Förderungen, vor allem, wenn es sich um Doppel- und Dreifachförderungen handelt), nicht nur endlich alle klar benennen – sondern unseren Staat tatsächlich und gemeinsam so umbauen,

dass seine Strukturen nicht dem Machterhalt Einzelner, sondern dem Wohl aller Österreicherinnen und Österreicher dienen, und langfristig finanzierbar sind.

Es ist positiv, dass nun Bewegung in die Diskussion kommt und immer mehr Menschen in Österreich den Bedarf für tiefgreifende strukturelle Reformen erkennen. Jetzt braucht es aber auf allen Ebenen der Politik mehr Mut und Tempo, damit die notwendigen Reformen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Nur echte Strukturreformen, die nachhaltige Einsparungen bringen, können die Ausgabendynamik dauerhaft bremsen, den Schuldenrucksack, den die Jungen zu tragen haben, leichter machen, und wieder Spielraum für Zukunftsinvestitionen und für eine finanzielle Entlastung der Bürgerinnen und Bürger schaffen.



Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 11. Dez. 2025 lt. § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen an den Herrn Bezirksvorsteher folgenden

## **Antrag**

**Betreffend:** Steigerung der Verkehrssicherheit im Bereich der Kreuzung Neustiftgasse / Kaiserstraße

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, zur Steigerung der Verkehrssicherheit im Bereich der Kreuzung Kaiserstraße / Neustiftgasse in der Neustiftgasse ab dem Ende der Busspur Bodenmarkierungen (insbesondere Richtungspfeile) anzubringen.

## **Begründung**

Im Bereich der Kreuzung Kaiserstraße / Neustiftgasse passieren immer wieder Unfälle bzw. kommt es immer wieder zu gefährlichen Verkehrssituationen, unter anderem deshalb, da Verkehrsteilnehmer von der linken Spur nach rechts in die Kaiserstraße abbiegen.

Leider hat die vor rund 9 Jahren erfolgte Verlängerung der Ampelphasen, insbesondere der Rotphasen, zwar eine Verbesserung gebracht, dennoch kommt es immer wieder zu Unfällen mit Personen- und Sachschäden.

Die unterzeichnenden Bezirksrät\*innen von LINKS/KPÖ und ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 24 Abs 1 GO-BV folgende

## Resolution

### „Klimapolitik heißt U-Bahn bauen und auch in Betrieb nehmen“

Die Bezirksvertretung Neubau spricht sich gegen die Verschiebung der Baustarts für die Weiterführung der U2 und der U5, sowie für die Aufnahme des Parallelbetriebs U2 x U5 gemäß des ursprünglichen Plans aus.

## Begründung

Im November haben die Wiener Linien und die Stadt Wien angekündigt, dass der geplante Ausbau der Linie U2 sowie U5 sich folgender verschiebt<sup>1</sup>:

1) “Der Baustart für die 2. Baustufe der U5, mit den neuen Stationen U5 Arne-Karlsson-Park, U5xU6 Michelbeuern-AKH, U5 Elterleinplatz und U5xS Hernals wird um ein Jahr auf 2028 verschoben.”

2) “Der Baustart für die Verlängerung der U2, mit den Stationen U2 Gußriegelstraße und U2 Wienerberg, wird um 2 Jahre auf 2030 verschoben.”

3) “Inbetriebnahme der U5 bis Frankhplatz: ab 2030 (kein Parallel-Betrieb mit der U2)”, anstatt wie ursprünglich geplant nach Baufertigstellung 2026 Parallel-Betrieb von U5 Frankhplatz - Karlsplatz, sowie U2 Seestadt - Karlsplatz.

Im 7. Bezirk befinden sich zwei U-Bahn-Stationen, die von den Änderungen betroffen sind, nämlich Neubaugasse und Volkstheater. Außerdem die Baustelle rund um die Station Neubaugasse, wo die U2 zwischen Rathaus und Pilgramgasse geführt wird.

Auch der verschobene Parallelbetrieb der U5 und U2 ist eine verpasste Chance: Der vollautomatische Betrieb der U5 hätte hier bereits getestet werden können, während es für Fahrgäste in Problemfällen Ausweich-Möglichkeiten auf die U2 gegeben hätte.

### **Die Wiener Linien selbst halten fest:**

“Öffentliche Verkehrsmittel sind der Schlüssel zur Klimawende. Der Öffi-Ausbau U2xU5 ist Wiens größtes Klimaschutzprojekt. Jedes Jahr können durch die mögliche Reduktion des Autoverkehrs bis zu 75.000 Tonnen schädliches Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) eingespart werden. Das entspricht der Umweltleistung eines Waldes mit sechs Millionen 30 Jahre alten Bäumen - ein solcher Wald

---

1 Alle Zitate von <https://www.wien.gv.at/verkehr/neuer-zeitplan-u-bahn-u2u5>

würde die Fläche der Bezirke eins bis elf oder die gesamte Donaustadt bedecken.”<sup>2</sup>

Dass für diesen Öffi-Ausbau das Geld ausgeht, ist insbesondere im Lichte des Bauvorhabens ‘Stadtstraße’ (<https://www.stadtstrasse.at>) zu kritisieren, bei dem die Stadt Wien den Anschluss für den sogenannten Lobau-Tunnel baut. Statt öffentliche Verkehrsmittel auszubauen, fördert die Stadt lieber weiter den klimaschädlichen Individualverkehr.

Die Verschiebung der Baustarts wirkt sich negativ auf die Mobilität im Bezirk und in Wien im Allgemeinen aus. Die neuen Querverbindungen werden von vielen Menschen, die im 7. Bezirk wohnen, arbeiten oder einkaufen, ungeduldig erwartet. Neubau spricht sich für eine schnelle Inbetriebnahme der U2xU5 aus, um Neubau klimafreundlich voran zu bringen!

Für LINKS-KPÖ  
BR\* Berry Maletzky





Der unterzeichnende Bezirksrat\* Berry Maletzky stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 11.12.2025 folgenden

Antrag:

## „Bodenmarkierungen an den Grenzen der Fußgänger\*innenzone Mariahilfer Straße“

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien – insbesondere die MA 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau), die MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) sowie die Mobilitätsagentur Wien – werden aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, um die Übergänge zwischen Fußgänger\*innenzone und Begegnungszonen der Mariahilfer Straße durch gut sichtbare Bodenmarkierungen klarer zu kennzeichnen.

Diese Markierungen sollen die Orientierung für Fußgänger\*innen, Radfahrende, E-Scooter-Fahrende und zufahrende Kfz verbessern und alle Verkehrsteilnehmenden auf die geltenden Regeln – insbesondere Schrittgeschwindigkeit – hinweisen.

Dazu sollen folgende Schritte umgesetzt werden:

### 1. Bodenmarkierungen anbringen

- σ In Zusammenarbeit mit der MA 28 sollen an allen Zugängen zur Fußgänger\*innenzone und Begegnungszone deutlich sichtbare Bodenmarkierungen angebracht werden, die sowohl für Radfahrende als auch für langsam zufahrende Autos (z. B. Ladeverkehr, Anrainer\*innen) gut erkennbar sind.
- σ Die MA 46 wird ersucht, die verkehrsrechtliche Anordnung so zu gestalten, dass die Markierungen auch Kfz-Lenker\*innen beim Einfahren in die Begegnungszone auf die dort geltende Geschwindigkeitsreduktion hinweisen.
- σ Dazu gehören:
  - ω hellblaue Kreise zur Kennzeichnung des Einfahrens in die Fußgänger\*innenzone,
  - ω gelbe Fußgänger\*innen-Piktogramme,
  - ω Schriftzüge wie „Langsam fahren“, die für Rad, E-Scooter und Kfz gleichermaßen gelten.

### 2. Orientierung und Sicherheit verbessern

- σ Die Markierungen sollen verdeutlichen, dass beim Einfahren in die Fußgänger\*innen- bzw. Begegnungszone für alle Verkehrsteilnehmenden

- einschließlich Autos – Schrittgeschwindigkeit bzw. die reduzierte Geschwindigkeit vorgeschrieben ist.
- σ Ziel ist es, Konflikte zwischen Radfahrenden, E-Scooter-Fahrenden, zu Fuß Gehenden und im Ladeverkehr einfahrenden Autos zu reduzieren.
- σ Die Maßnahme erhöht die Aufenthaltsqualität und unterstützt die Wahrnehmung der Vorrangregeln in der Begegnungszone.

### 3. Abstimmung und Umsetzung

- σ Die MA 28 soll Markierungen verwenden, die bei verschiedenen Witterungsverhältnissen (Regen, Winter) auch von Kfz-Lenker\*innen klar erkennbar sind.
- σ Die Mobilitätsagentur Wien soll ergänzende Kommunikationsmaßnahmen umsetzen, die auf die Verkehrsregeln in der Begegnungszone für alle Verkehrsteilnehmenden, inkl. Autos, hinweisen (z. B. Vorrang für Fußgänger\*innen, Schrittgeschwindigkeit).

## Begründung

In den Übergangsbereichen zwischen Begegnungszone und angrenzenden Straßenbereichen kommt es regelmäßig zu Situationen, in denen Radfahrende, E-Scooter-Fahrende und einfahrende Autos (insbesondere Liefer- oder Anrainerverkehr) nicht klar auf die geltende Geschwindigkeitsreduktion hingewiesen sind.

Deutliche Bodenmarkierungen reduzieren Missverständnisse und erhöhen die Sicherheit für alle Beteiligten.

Für KPÖ-LINKS  
BR\* Berry Maletzky





## **Erhalt Kulturverein Spittelberg im Amerlinghaus**

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNE, SPÖ und KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

### **Resolutionsantrag**

Der Bezirksvertretung Neubau spricht sich solidarisch mit dem Kulturverein Spittelberg im Amerlinghaus aus und fordert die zuständige amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte Bettina Emmerling und die dazu gehörige Dienststelle MA13 auf, die geplanten Förderungskürzungen zurückzunehmen und eine langfristige finanzielle Absicherung sicherzustellen, sodass weiterhin ein sinnvoller Betrieb und Vereinstätigkeit möglich ist. Dafür benötigt der Verein zumindest die finanzielle Ausstattung analog der Budgets der vergangenen Jahre. Die geplante Streichung von rund 60% der Fördermittel auf 137.000,-€ bedeutet ein faktisches AUS der Tätigkeiten des Vereins und ist für die Bezirksvertretung nicht akzeptabel.

### **Begründung**

Die bekannt gewordenen Kürzungen der Förderungen für das Amerlinghaus bedeuten ein faktisches AUS für den Kulturverein. Die Kürzungen belaufen sich auf rund 60% von rund €299.000,- bisherige Förderung, wobei darin für 2025 die Sonderförderung zum 50 jährigen Jubiläum enthalten ist, auf nun €137.000,-. Ein Großteil dieses Betrages ist die Miete für das Haus und fließt ohnehin an die Stadt zurück und wird dementsprechend nicht ausgezahlt.

Das Amerlinghaus ist eine der zentralen Kultur- und Sozialinstitutionen des siebten Bezirks und seine Bedeutung reicht weit über Neubau und Wien hinaus.

Es ist seit der Besetzung 1975 untrennbar mit Neubau verbunden – damals wie heute lebt dieser Ort von dem Mut, der Offenheit und dem aktivistischen Geist der Akteur\*innen. Die Menschen im 7. Bezirk haben damals mit Herz und Hand dieses Haus vor dem Abriss gerettet und darin über Jahrzehnte eine einzigartige Kultur der Mitbestimmung und Solidarität wachsen lassen. Hier entstanden Freiräume für Kreativität, für politische Debatte, für generationsübergreifendes Lernen und für das freundschaftliche Zusammensein.

Das Amerlinghaus ist weit mehr als ein Kulturzentrum. Es ist der soziale Treffpunkt der Nachbarschaft, ein Ort, an dem Initiativen, Gruppen und Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensentwürfen zusammenkommen. Es ist Bühne für Künstler\*innen, Schutzraum für engagierte Projekte und ein Symbol für das, was unser Bezirk auszeichnet: gelebte Inklusion, Mitgestaltung und gemeinsamer Widerstand gegen Vereinzelung und Kommerzialisierung.

Das Haus, beziehungsweise der Kulturverein Spittelberg, gilt als Vorreiter für niederschwellige soziokulturelle Projekte. Hier sind neben den Kulturvereinen auch die der Verein Exil-Literatur, die Fraueninitiative, das Bezirksmuseum und andere mehrsprachige Kultur-Initiativen untergebracht.

Seit Jahrzehnten steht das Haus für eine offene, vielfältige und international vernetzte Kulturszene. Es gibt insgesamt nur sehr wenig leistbare Räume für Kulturvereine. Das Amerlinghaus erfüllt hier eine wichtige Funktion. Das Haus, beziehungsweise der Kulturverein Spittelberg, gilt als Vorbild für niederschwellige, soziokulturelle Projekte.

Das Amerlinghaus ist ein Vorzeigebeispiel für eine partizipative Politik auf Augenhöhe. Eine Kürzung der städtischen Förderung ist in dieser Form nicht nachvollziehbar und verantwortungslos. Die Betreiber\*innen des Kulturvereins Amerlinghaus wurden ohne vorherigen Dialog vor vollendete Tatsachen gestellt. Das widerspricht allen Werten des Bezirks wie auch der Stadt Wien: Partizipation, Dialog, ein partnerschaftlicher Umgang mit den Menschen und Institutionen vor Ort.

Wir fordern die Stadt auf, diese Entscheidung nicht zu treffen und wieder Gespräche auf Augenhöhe zu führen.



## **Flächendeckende Kurzparkzone auf Samstag ausweiten**

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNE und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

### **Antrag**

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht die derzeit gültige Dauer der flächendeckenden Kurzparkzone im 7. Bezirk von aktuell Montag bis Freitag (werktags) auf Montag bis Samstag (werktags) von 9 bis 22 Uhr auszuweiten.

### **Begründung**

Die zeitliche Ausweitung der Kurzparkzone und damit einhergehend der Parkraumbewirtschaftung zusätzlich auch an Samstagen dient mehreren wichtigen Zielen:

Eine Parkraumbewirtschaftung an Samstagen soll die Ungleichbehandlung zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr, die ohne Parkraumbewirtschaftung statt findet, korrigieren. Es ist im Sinner der Gleichbehandlung nicht nachvollziehbar, warum das Abstellen von Autos im öffentlichen Raum an Samstagen kostenlos sein soll, während Menschen, die den ÖPNV nutzen, für diesen bezahlen müssen.

Gerade an Samstagen – und insbesondere in der Adventzeit – sorgen Shopping-Gäste in Autos für überfüllte und verstopfte Straßen im Bezirks. Sie haben die Möglichkeit kostenfrei im öffentlichen Raum zu parken, obwohl ausreichend Garagenkapazitäten vorhanden sind, die natürlich zu bezahlen sind. Die Wahl des kostenfreien Stellplatzes, damit verbunden aber auch die Überforderung des Individualverkehrs, ist vorprogrammiert.

Die Ausweitung der Kurzparkzone auf Samstag würde den Individualverkehr gezielt lenken: Wer trotz gutem Öffinetz zum Einkaufen

mit dem Auto in die Stadt fährt, soll in den zahlreichen Garagen parken. Das entlastet die Anrainer:innen erheblich, die leichter Parkplätze finden und weniger im Stau stehen.

Zusätzliche Einnahmen aus der ausgedehnten Parkraumbewirtschaftung soll die Budgetsituation entlasten. Die Zusatzeinnahmen sollen in Begrünungen und dringend notwendige Klimawandelanpassungen im Bezirk fließen. Diese Mittel würden direkt der Lebensqualität im Bezirk zugutekommen.

Diese Maßnahme deckt sich mit den Zielen der Stadtregierung um die Steuerung des Verkehrs in die Garage zu begünstigen und Suchverkehre sowie daraus resultierende Emissionen zu reduzieren.



Die neue  
Volkspartei  
Neubau



## **PVE Gesundheitszentrum im Stadtquartier Sophie7**

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNE, SPÖ, ÖVP und KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

### **Antrag**

Der zuständige amtsführende Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Sport, Peter Hacker, die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Vizebürgermeisterin Kathrin Gáal sowie die zuständigen Dienststellen werden ersucht dafür zu sorgen, dass die notwendigen Beschlüsse und Maßnahmen (in der Wiener Gesundheit Zielsteuerungskommission, in der Vermietung bei Wiener Wohnen) für die Errichtung und den Betrieb einer barrierefrei zugänglichen allgemeinmedizinischen Primärversorgungseinheit (PVE) oder krankenkassenfinanziertes Frauengesundheitszentrum im Erdgeschoss des neuen Gemeindebaus am ehemaligen Areal des Sophienspitals getroffen werden.

### **Begründung**

Im ehem. Sophienspital werden rund 450 m<sup>2</sup> Ordinationsfläche von Wiener Wohnen im Erdgeschoss des zukünftigen Gemeindebaus geschaffen. Ziel ist es, in diesen Räumlichkeiten ein PVE-Zentrum anzusiedeln, um eine nachhaltig optimale medizinische Versorgung für die Bevölkerung des 7. Bezirks sicherzustellen. Diese Räumlichkeiten werden barrierefrei zugänglich sein. Die aktuell 8 allgemeinmedizinischen Kassenordinationen sind mehrheitlich nicht barrierefrei erschlossen.

Nachdem in den nächsten Jahren rund die Hälfte der Kassenärzt:innen in Pension gehen werden, ist zu erwarten, dass sich eine Nachfolge aufgrund der kaum vorhandenen barrierefreien Ordinationsräume im Bezirk als schwierig gestalten wird. In Wien Neubau kommen aktuell 2.871 Menschen auf eine:n Allgemeinmediziner:in. Im Wien-Durchschnitt sind es 2.863

Menschen, im Österreich-Durchschnitt sind es 2.322 Menschen. Das heißt, dass im Österreich-Vergleich Wien-Neubau bereits jetzt eher unterversorgt ist, bei einer Pensionierungswelle in den nächsten 5 Jahren ist ohne Gegensteuerung eine drastische Unterversorgung zu befürchten.

Primärversorgungseinheiten (PVE) sind spezielle medizinische Versorgungszentren, die durch das Zusammenspiel von mehreren Allgemeinmediziner:innen mit diversen Gesundheitsberufen die Bevölkerung in einem definierten Einzugsgebiet multiprofessionell versorgen. PVE haben zwingend einen Kassenvertrag. Die regionale Verortung von PVE ist zwingend im ambulanten Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG) zu planen.

Derzeit ist im „RSG Wien ambulant“ grundsätzlich für den 7. Bezirk keine PVE vorgesehen. Bereits in der Vergangenheit wurden allerdings Beschlüsse in der Landeszielsteuerungskommission gefasst, die PVEs außerhalb der geplanten Gebiete „geplant“ haben. Planungs- bzw. Beschlussebene war dabei im Normalfall der Zählbezirk. Die Festlegung auf Zählbezirke bzw. „Zählbezirkscluster“ (Standortgebiete) ist eine politische (Wiener) Festlegung und keine rechtliche und könnte daher auf das Areal des ehemaligen Sophienspitals fallen. Die §§ 14 und 14a des Primärversorgungsgesetz (PrimVG) sehen keine nähere Regelung hinsichtlich dem Gebiet, in dem eine PVE geplant und ausgeschrieben werden soll.

Daher ist ein rascher Beschluss in der Wiener Landeszielsteuerungskommission, dass auf dem Gelände des ehem. Sophienspitals eine PVE geschaffen werden soll (analog der PVE-Standorterweiterungen), notwendig, bevor von Seiten der Sozialversicherung Einzelordinationen ausgeschrieben werden, oder die Kassenstellen für Allgemeinmedizin im 7ten Bezirk überhaupt gestrichen werden. Darüber hinaus besteht die große Gefahr, dass die freigehaltenen Flächen von Wiener Wohnen anderweitig, als für die wichtige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Wien Neubau verwendet werden. Das wäre ein Schlag ins Gesicht der Gründer des Roten Wien mit seinen weltweit vorbildlichen Gemeindebauten. Wiener Wohnen als stadteigene Gesellschaft soll daher aufgefordert werden, diese potentiellen medizinischen Versorgungsflächen für eine Vermietung als PVE freizuhalten. Die Bezirksvorstehung hat bereits eine Zusage, dass sich

zumindest ein gemeinnütziger Träger (PVE in Form eines Ambulatoriums) bewerben wird, falls sich keine ärztlichen Gruppenpraxen bewerben. Es ist auch möglich, dass

Ähnlich wie die allgemeinmedizinische Versorgung ist die gynäkologische Versorgung im Bezirk nicht ausreichend sichergestellt, hier steht derzeit nur ein Kassenarzt zur Verfügung. Alternativ zum PVE wäre auch die Ansiedelung des im Rahmen der Landeszielsteuerung schon beschlossenen Frauengesundheitszentrums in den Räumlichkeiten der Sophie 7 ein nachhaltiger Beitrag zur medizinischen Versorgung des Bezirks und der gesamten Versorgungsregion.



## **Sicherung des Lazaristen-Areals für eine zukünftige öffentliche Grün- und Freiraumnutzung**

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNE stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

### **Antrag**

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien – insbesondere das Wiener Liegenschaftsmanagement (MA 69), die MA 18 sowie die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, in Gespräche mit der Kongregation der Mission vom Hl. Vinzenz von Paul-Lazaristen (Kaiserstraße 5–7) zu treten, um ein offizielles Erwerbsinteresse der Stadt Wien am dortigen Klostergarten zu bekunden. Es sollen alle rechtlich möglichen Schritte zur Sicherung des Areals für eine zukünftige öffentliche Nutzung geprüft werden: Erwerb, Pacht, Servitut, Tausch sowie andere geeignete Instrumente der Stadtentwicklungs- und Liegenschaftspolitik.

### **Begründung**

Der 7. Bezirk verfügt mit nur rund 3 % öffentlichen Grün- und Freiflächen über eine der niedrigsten Grünraumanteile in ganz Wien. Jede Möglichkeit, innerstädtische Grünflächen zu sichern oder neu zu schaffen, ist daher von herausragender Bedeutung für die Lebensqualität der Bevölkerung.

Das Areal der Lazaristen an der Kaiserstraße 5–7, einschließlich des großen, derzeit nicht öffentlich zugänglichen Klostergartens an der Rückseite zum Neubaugürtel, stellt eine der größten zusammenhängenden privaten Grünflächen im dichtesten verbauten Teil Neubaus dar. Diese Grünfläche ist durch ihre abgeschlossene Lage sowie ihren Baumbestand besonders wertvoll.

Den vorliegenden Hinweisen zufolge werden die Lazaristen ihre Liegenschaft in absehbarer Zeit aufgeben bzw. veräußern. Damit besteht

die akute Gefahr, dass das Grundstück weiterhin nicht öffentlich zugänglich sein wird.

Ein frühzeitiges Tätigwerden der Stadt Wien ist daher dringend notwendig, da Grundstückstransaktionen dieser Art oft rasch und ohne Einbindung des Bezirks erfolgen. Die Sicherung des Areals – sei es durch Kauf, Tausch oder Vorkaufsrecht – ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur möglich, sondern auch stadtentwicklungspolitisch geboten.

Die Einbindung des Lazaristen-Gartens würde dieses Zukunftsprojekt erheblich stärken, sich positiv auf das Stadtklima auswirken und den Bewohner:innen dringend benötigten Erholungsraum zur Verfügung stellen. Aufgrund seiner Größe, seines Baumbestands und seiner abgeschirmten Lage bietet das Areal ein hohes Potenzial für vielfältige Nutzungen durch die Bezirksbevölkerung. Im Falle eines öffentlichen Erwerbs könnten hier ein Nachbarschaftspark, ein Bereich für Urban Gardening, ein mikroklimatisch wirksamer Schattenwald oder ein gemeinschaftlich genutzter Bildungs- und Bewegungsraum entstehen. Die unmittelbare Nähe zum neuen Stadtquartier Sophie7 ermöglicht darüber hinaus einzigartige Synergien für Freiflächen und quartierbezogener Nutzung. Die Bauträger haben bereits in der Entwicklung des Sophie7-Areals eine bauliche Vorbereitung getroffen, um eine Verbindung zwischen beiden Grundstücken zu ermöglichen.

Damit könnte dieses Areal zu einem neuen, identitätsstiftenden Grün- und Begegnungsraum in einem der am dichtesten verbauten Gebiete Wiens werden.

Die Sicherung des Lazaristen-Areals wäre eine einmalige Chance, eine hochwertige Grünfläche für die Allgemeinheit zu gewinnen und den Bezirk nachhaltig zu entlasten.



## **Errichtung einer öffentlichen Toilette in der Stiftgasse/Mariahilferstraße**

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNE, SPÖ, FPÖ, ÖVP und KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.12.2025 gemäß § 104 WStv. folgenden

### **Antrag**

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien sowie der zuständige amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Jürgen Czernohorsky, sollen die Errichtung einer öffentlichen Toilette im Bereich Stiftgasse 2 an der Kreuzung zur Mariahilfer Straße zur Entlastung der Unterversorgung an öffentlichen Toiletten aufgrund der überregionalen Bedeutung der längsten und wichtigsten Einkaufsstraße Wiens prüfen, umsetzen und den Bezirk dabei finanziell unterstützen.

### **Begründung**

Die innere Mariahilferstraße ist die größte Einkaufsstraße Wiens. Trotz des hohen Besucheraufkommens von rund 70.000 Menschen täglich befindet sich entlang der gesamten Straße keine öffentliche Toilette auf der Straßenoberfläche. Das führt immer wieder auch zu sanitären Übelständen, die durch eine gut sichtbare, niederschwellig zugängliche und personenbesetzte öffentliche Toilette stark vermindert werden könnte. Eine zusätzliche öffentliche Toilettenanlage erhöht auch die Aufenthaltsqualität für die vielen Besucher:innen und stärkt damit auch die Attraktivität des Handelsstandorts.

Im Rahmen des Community Stammtisches zur Mariahilfer Straße haben Dienststellen aus der sozialen Arbeit, Kaufleute, Anrainer:innen, Sicherheitsorgane und Bezirkspolitik festgestellt, dass die Mariahilfer Straße unter dieser Unterversorgung leidet und die Stiftgasse 2 auf Seiten des 7. Bezirks ein geeigneter Standort wäre. Natürlich ist auch auf Seiten des 6. Bezirks rasch die Errichtung einer zusätzlichen öffentlichen Toilette

oder die Wiederinbetriebnahme der bisherigen öffentlichen Toilette am Bundesländerplatz erforderlich.

Die Stadt Wien evaluiert derzeit die Versorgung mit öffentlichen Toiletten evaluiert. Nun ist es Zeit, zu handeln und durch die Stadt entsprechende Förderinstrumente für die Bezirke zu schaffen, da die Errichtung so einer Toilette die finanziellen Möglichkeiten der Bezirke übersteigt.